Anlage zur Urkunde 953/2019 L

Gesellschaftsvertrag der
Caritas Altenhilfe St. Martin Rheinhessen gGmbH

Präambel

1) Caritas als Erfüllung des Liebesgebotes Christi gehört zusammen mit Verkündigung und Gottesdienst zum Auftrag und zu den unverzichtbaren Lebensäußerungen der Kirche. Im Sinne dieses im Evangelium begründeten Auftrages wendet sich die Kirche mit ihren caritativen Werken helfend den Menschen in leiblicher und seelischer Not und in sozial ungerechten Verhältnissen zu.

2) Die Gesellschaft ist im Jahre 2015 durch die Abspaltung der folgenden Einrichtungen von der Caritaswerk St. Martin GmbH entstanden:

- a) Christophorus Hospiz in Mainz-Drais,
- b) Caritas Altenhilfezentrum Maria Königin in Mainz-Drais,
- c) Caritas Altenzentrum Albertus Stift in Gau-Algesheim,
- d) Caritas Zentrum St. Alban in Bodenheim
- e) Wohn-Pflege-Gemeinschaften St. Rochus in Mainz-Mombach

Sie wurde bis zum 31.12.2019 im Alleinbesitz des Caritasverbandes für die Diözese Mainz e.V. geführt. Bis zu diesem Zeitpunkt wirkten in der Geschäftsführung der Gesellschaft Vorstandsmitglieder der Caritasverbände Mainz und Worms sowie des Caritasverbandes für die Diözese Mainz e.V. mit.

3) Die Gesellschaft soll die Einrichtungen der Gesellschaft und der Gesellschafter im Zusammenwirken zum Nutzen der auf die Hilfen der Caritas angewiesenen Menschen wei-

terentwickeln und den geänderten Anforderungen an eine moderne bedarfsgerechte Versorgung der Menschen anpassen.

4) Hierzu gehört unter anderem der sozialraum-orientierte Versorgungsansatz sowie die Entwicklung neuer Wohnformen. Voraussetzung für das Zusammenwirken ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Gesellschafter unter Beachtung der Grundsätze der katholischen Soziallehre.

§ 1 Firma und Sitz

1) Die Firma der Gesellschaft lautet:

Caritas Altenhilfe St. Martin Rheinhessen gGmbH.

2) Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Mainz.

3) Sie ist korporatives Mitglied des Caritasverbandes für die Diözese Mainz e.V. und führt das markenrechtlich geschützte Verbandszeichen des Deutschen Caritasverbandes e.V.

4) Sie wendet die Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse an.

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

1) Gegenstand des Unternehmens ist die Trägerschaft und Betriebsführung von caritativen Einrichtungen und Diensten, insbesondere des Betriebes von Hospizen sowie ambulanter, teilstationärer und stationärer Einrichtungen der Alten und Eingliederungshilfe sowie die Vermietung von Wohnraum für hilfebedürftige Menschen im Sinne des § 53 Nr.1 oder 2 Abgabenordnung.

2) Weitere Einrichtungen und Dienste sind in der Entwicklung und werden auch mit anderen Kooperationspartnern und Verbänden entwickelt.

3) Die Gesellschaft wird tätig aus dem Selbstverständnis und der Zielbestimmung der Caritas als einer Wesensfunktion der Katholischen Kirche.

4) Die Gesellschaft kann alle Geschäfte eingehen, die zur Erreichung und Förderung des Gesellschaftszweckes dienlich sind. In diesem Rahmen kann sie Tochtergesellschaften gründen, sie kann sich an anderen Gesellschaften oder sonstigen Rechtsträgern beteiligen, diese übernehmen und Beteiligungen aufgeben.

§ 3 Gemeinnützigkeit

1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Steuerbegünstigte Zwecke der Gesellschaft sind die Förderung der Altenhilfe, des Wohlfahrtswesens sowie die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger und mildtätiger Zwecke. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die in § 2 genannten Einrichtungen und Maßnahmen der Gesellschaft.

2) Die Gesellschaft kann auch als Mittelbeschaffungskörperschaft im Sinne von § 58 Nr. 1 AO tätig werden und Mittel für die Verwirklichung der steuerbegünstigten Zwecke einer anderen Körperschaft oder für die Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke durch eine juristische Person des öffentlichen Rechts beschaffen.

3) Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

4) Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück. Ausgenommen hiervon sind die gemäß § 58 AO steuerlich unschädlichen Betätigungen.

§ 4 Stammkapital und Geldeinlage

1) Das Stammkapital beträgt 50.000 EUR (in Worten: fünfzigtausend Euro).

2) Von dem Stammkapital hat der Caritasverband für die Diözese Mainz e.V. eine Stammeinlage in Höhe von 25.000 EUR (in Worten: fünfundzwanzigtausend Euro) übernommen und eingezahlt.

3) Des Weiteren übernehmen der Caritasverband Mainz e.V. und Caritasverband Worms e.V. jeweils eine Stammeinlage in Höhe von 12.500 EUR (in Worten: zwölftausendfünfhundert Euro).

4) Die Stammeinlage auf den Geschäftsanteil ist in Geld zu leisten, und soweit er noch nicht geleistet ist, in voller Höhe sofort zur Zahlung fällig.

5) Nachschusspflichten der Gesellschafter bestehen nicht.

§ 5 Dauer der Gesellschaft

Der Gesellschaftsvertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Eine ordentliche Kündigung des Gesellschaftsvertrages wird ausgeschlossen.

§ 6 Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 7 Organe

Die Organe der Gesellschaft sind:

- a) Die Geschäftsführung
- b) Der Aufsichtsrat
- c) Die Gesellschafterversammlung

§ 8 Geschäftsführung

- 1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.

- 2) Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann jedoch auch in diesem Fall einem oder mehreren Geschäftsführern die Befugnis zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft erteilen.

- 3) Jeder Geschäftsführer kann durch Beschluss der Gesellschafterversammlung von den Beschränkungen des § 181 BGB

partiell für Rechtsgeschäfte der Gesellschaft mit anderen steuerbegünstigt anerkannten Organisationen befreit oder für ein einzelnes konkretes Rechtsgeschäft von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden.

§ 9 Aufgaben der Geschäftsführung

1) Die Geschäftsführung erledigt die Geschäfte nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften, dieses Gesellschaftsvertrages sowie nach den Bestimmungen der von der Gesellschafterversammlung zu erlassenden Geschäftsordnung. Die Geschäftsführung ist an die Beschlüsse des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung gebunden.

2) Die Geschäftsführung hat sich am Zweck der Gesellschaft, der Zielsetzung und Aufgabenstellung ihrer Einrichtungen und Beachtung der einschlägigen Vorschriften zu orientieren. Die Geschäftsführung hat die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft und ihrer Einrichtungen zu besorgen. Sie hat dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung über die Lage der Gesellschaft sowie besondere Vorkommnisse bei der Führung der Geschäfte zu berichten.

3) Maßnahmen, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehen, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates bzw. der Gesellschafterversammlung. Das Nähere über die zustimmungsbedürftigen Maßnahmen und Rechtsgeschäfte regelt die von der Gesellschafterversammlung zu beschließende Geschäftsordnung.

§ 10 Aufsichtsrat

- 1) Der Aufsichtsrat besteht aus 4 Mitgliedern. Ein Mitglied wird vom Bischöflichen Ordinariat bestimmt. Die anderen Mitglieder werden von der Gesellschafterversammlung gewählt. Es soll darauf geachtet werden, dass auch juristische und betriebswirtschaftliche Kompetenzen durch die Mitglieder im Aufsichtsrat vertreten sind.
- 2) Unverzüglich nach der Neuwahl der Aufsichtsratsmitglieder wählt der Aufsichtsrat aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und eine Stellvertretende Vorsitzende oder einen Stellvertretenden Vorsitzenden.
- 3) Willenserklärungen des Aufsichtsrates sind im Namen des Aufsichtsrates von der oder dem Vorsitzenden oder im Fall der Verhinderung von der Stellvertretenden oder dem Stellvertretenden Vorsitzenden abzugeben.

§ 11 Aufgaben des Aufsichtsrates

- 1) Dem Aufsichtsrat obliegt:
 1. die Überwachung, Kontrolle und Beratung der Geschäftsführung
 2. die Feststellung des von der Geschäftsführung erstellten Jahreswirtschaftsplanes
 3. die Stellungnahme zu Jahresabschluss, Lagebericht, zur Verwendung etwaiger Überschüsse und zu Investitions-, Wirtschafts- und Liquiditätsplan
 4. die Stellungnahme zur Entlastung der Geschäftsführer durch die Gesellschafterversammlung,
 5. die Zustimmung zu den nach der Geschäftsordnung der Geschäftsführung zustimmungspflichtigen Maßnahmen und Rechtsgeschäften

6. die Vertretung der Gesellschaft bei Verträgen mit oder Geltendmachung von Ansprüchen gegen Mitglieder der Geschäftsführung.

2) § 52 Abs.1 GmbHG ist ausgeschlossen.

§ 12 Sitzungen des Aufsichtsrates

1) Der Aufsichtsrat ist zu einer Sitzung einzuberufen, so oft dies zur Erfüllung seiner Pflichten erforderlich ist, oder wenn ein Gesellschafter, ein Geschäftsführer oder ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder die Einberufung verlangen.

2) An den Aufsichtsratssitzungen nehmen in der Regel die Geschäftsführer mit beratender Stimme teil, sofern nicht im Einzelfall der Aufsichtsrat oder seine Vorsitzende bzw. sein Vorsitzender etwas anderes bestimmt.

3) Die Einberufung des Aufsichtsrates erfolgt durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden. Die Einladung soll unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen erfolgen und die einzelnen Punkte der Tagesordnung angeben.

4) In dringenden Fällen kann die Einberufungsfrist bis auf drei Tage verkürzt werden.

5) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Er fasst seine Beschlüsse, soweit der Gesellschaftsvertrag nichts anderes bestimmt, mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag.

6) Schriftliche, fernmündliche oder andere vergleichbare Formen der Beschlussfassung des Aufsichtsrates sind nur zulässig, wenn kein Mitglied diesem Verfahren widerspricht.

7) Ist der Aufsichtsrat in einer ordnungsgemäß einberufenen Sitzung nicht beschlussfähig, so ist er in einer zweiten ordnungsgemäß einberufenen Sitzung mit derselben Tagesordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Auf diese Rechtslage muss in der Einladung zur zweiten Sitzung ausdrücklich hingewiesen werden.

8) Über die in den Aufsichtsratssitzungen gefassten Beschlüsse sind Niederschriften anzufertigen und von dem Vorsitzenden der Sitzung und von einem weiteren Sitzungsteilnehmer zu unterzeichnen. Die Niederschriften über die Beschlüsse des Aufsichtsrates sind sämtlichen Aufsichtsratsmitgliedern, den Gesellschaftern und in der Regel den Geschäftsführern zuzustellen.

§ 13 Aufgaben der Gesellschafterversammlung

Sie hat insbesondere zu beschließen über:

1. die Grundsätze, Richtlinien für die Tätigkeit der Gesellschaft
2. die strategische Planung der Gesellschaft und die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Angebote für die hilfebedürftigen Menschen
3. die Bestellung und Abberufung der wählbaren Aufsichtsratsmitglieder
4. die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer sowie die Erteilung einer Prokura

5. die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat
6. die Bestimmung des Abschlussprüfers,
7. die Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie die Verwendung des Ergebnisses,
8. die Feststellung des Investitions-, Wirtschafts- und Liquiditätsplans
9. die Verwendung etwaiger Überschüsse,
10. die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung,
11. die Teilung, die Zusammenlegung so wie die Einziehung von Geschäftsanteilen,
12. die Erhöhung des Stammkapitals
13. die Einziehung von Gesellschaftsanteilen
14. Zustimmung zur Abtretung eines Gesellschaftsanteiles
15. die Änderung des Gesellschaftsvertrages,
16. die Auflösung der Gesellschaft
17. die Geltendmachung von Ersatzansprüchen, die der Gesellschaft gegen Geschäftsführer, Aufsichtsratsmitglieder oder Gesellschafter zustehen, sowie die Vertretung der Gesellschaft in Prozessen, die sie gegen Geschäftsführer oder Aufsichtsratsmitglieder hat,
18. Zustimmung zur Veräußerung des Unternehmens als Ganzes
19. Zustimmung zur Schließung oder Veräußerung von einzelnen Einrichtungen und Diensten
20. die Verfügung über Tochterunternehmen und Unternehmensbeteiligungen
21. Verträge betreffend die Betriebsführung und die Übernahme der Trägerschaft von caritativen Einrichtungen und Diensten
22. den Abschluss von Unternehmensverträgen nach §§ 292, 293 AktG
23. die Festsetzung der Aufwandsentschädigung oder Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrates.

§ 14 Sitzungen der Gesellschafterversammlung

- 1) In der Gesellschafterversammlung ist jeder Gesellschafter durch mindestens zwei Personen vertreten. Unabhängig hiervon kann das Stimmrecht jedoch nur einheitlich durch den Stimmrechtsführer des jeweiligen Gesellschafters ausgeübt werden.
- 2) Eine Gesellschafterversammlung ist alljährlich innerhalb der gesetzlichen Fristen (§ 42a Abs. 2 GmbHG) abzuhalten.
- 3) Die Einberufung erfolgt schriftlich durch die Geschäftsführung unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Wochen.
- 4) Die Gesellschafterversammlungen finden grundsätzlich am Sitz der Gesellschaft statt, es sei denn, die Gesellschafter verständigen sich einstimmig auf einen anderen Ort.
- 5) Die Leitung der Versammlung obliegt der oder dem Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung, die oder der von ihr gewählt wird. Über die von der Gesellschafterversammlung gefassten Beschlüsse ist - soweit nicht notarielle Beurkundung erfolgt - eine Niederschrift aufzunehmen, welche von der oder dem Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung zu unterzeichnen ist.
- 6) Beschlüsse der Gesellschafter kommen nur zu Stande, wenn sie einstimmig gefasst werden und jeder Gesellschafter in der Versammlung vertreten ist.
- 7) Gesellschafterbeschlüsse können - soweit nicht

Beschlüsse in einer Gesellschafterversammlung gefasst werden müssen oder notarieller Beurkundung bedürfen - auch schriftlich, per E-Mail oder Telefax sowie mündlich oder fernmündlich gefasst werden, wenn alle Gesellschafter mit dem Verfahren einverstanden sind oder sich an einer solchen Beschlussfassung beteiligen.

8) An der Gesellschafterversammlung nehmen die Geschäftsführer beratend teil, sofern nicht die Gesellschafterversammlung im Einzelfall etwas anderes beschließt.

§ 15 Stimmrecht

1) Die Gesellschafter haben unabhängig von ihren Stammeinlagen nach § 4 jeweils eine Stimme in der Gesellschafterversammlung. Das Stimmrecht kann jeweils nur einheitlich vom jeweiligen Stimmrechtsführer eines Gesellschafters ausgeübt werden.

2) Jeder Gesellschafter kann sich in der Gesellschafterversammlung durch einen anderen Gesellschafter mit Vollmacht mindestens in Textform gemäß § 126b BGB (z.B. per Telefax oder E-Mail) vertreten lassen. Die Vollmacht ist der Gesellschaft in Verwahrung zu geben.

§ 16 Veräußerung sowie Teilung und Zusammenlegung von Geschäftsanteilen

1) Die Veräußerung von Geschäftsanteilen bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung der Gesellschaft, die wiederum erst nach einem einstimmig gefassten Gesellschafterbeschluss durch die Geschäftsführung erteilt werden darf. Die Zustimmungserklärung erfolgt schriftlich durch die Geschäftsführung.

2) Über die Teilung und Zusammenlegung von Geschäftsanteilen entscheidet die Gesellschafterversammlung einstimmig. Eine Zusammenlegung von Geschäftsanteilen ist jedoch nur dann zulässig, wenn die Geldeinlagen auf die Geschäftsanteile vollständig erbracht sind, keine Nachschusspflichten auf die Geschäftsanteile bestehen, diese nicht unterschiedlich belastet sind und der betroffene Gesellschafter der Zusammenlegung zustimmt.

§ 17 Austritt

1) Jeder Gesellschafter kann seinen Austritt aus der Gesellschaft erklären. Der Austritt kann nur zum Ende eines Geschäftsjahres erfolgen. Er ist unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten durch eingeschriebenen Brief zu erklären.

2) Der ausscheidende Gesellschafter ist nach Wahl der Gesellschaft verpflichtet, seinen Geschäftsanteil jeweils ganz oder zum Teil an die Gesellschaft selbst, an einen oder mehrere Gesellschafter oder an von der Gesellschaft zu benennende Dritte abzutreten.

3) Der ausscheidende Gesellschafter erhält von dem Erwerber des Geschäftsanteils nicht mehr als seine eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert seiner geleisteten Sacheinlagen zurück

§ 18 Jahresabschluss, Gewinnverwendung

1) Der Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn und Verlustrechnung und Anhang) sowie - soweit erforderlich - der Lagebericht

sind von der Geschäftsführung innerhalb der gesetzlichen Fristen aufzustellen.

2) Die Gesellschafterversammlung hat innerhalb der gesetzlichen Fristen über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung zu beschließen.

§ 19 Auflösung der Gesellschaft

1) Die Gesellschaft muss aufgelöst werden, wenn die Erfüllung der vertragsgemäßen Zwecke unmöglich wird. Im Fall der Auflösung erfolgt die Liquidation durch die Geschäftsführer, soweit die Gesellschafterversammlung nichts anderes beschließt.

2) Bei Auflösung der Gesellschaft oder Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, zur Hälfte an den Caritasverband für die Diözese Mainz e.V. sowie jeweils zu einem Viertel an die Caritasverbände Mainz und Worms, die es jeder unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden haben.

§ 20 Sonstiges

1) Die Gründungskosten werden von der Gesellschaft bis zu einem Gesamtbetrag in Höhe von 3.000,00 EUR (in Worten: dreitausend EURO) getragen.

2) Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein, so wird dadurch die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. In einem solchen

Fall ist die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung durch Gesellschafterbeschluss durch eine solche Bestimmung zu ersetzen, welche die Beteiligten im Zeitpunkt des Vertragsschlusses gewählt hätten, wenn sie den Fall der Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit bedacht und unter billiger Berücksichtigung der Interessen aller Teile gelöst hätten. Gleiches gilt im Fall einer Regelungslücke.

3) Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften. Zwingende gesetzliche Vorschriften gehen diesem Gesellschaftsvertrag vor.

§ 21 Bekanntmachungen

Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen ausschließlich im elektronischen Bundesanzeiger.

Gez. Nicola Adick

Gez. Stefan Hermann Hohmann

Gez. Georg Diederich

Gez. Litzenburger, Notar